

matisch verzerrten Kommunikationsbedingungen erneut auf. *Strecker* argumentiert überzeugend dafür, Unklarheiten dieses Habermas'schen Begriffs durch eine Revision aufzulösen, die ohne den Rückgriff auf Täuschungen auskommt (205). Ebenso informativ ist seine ausführliche Analyse der Kolonialisierungsthese, die nachweist, aus welchen Gründen die Rede von „Kolonialisierung“ als einem theoretisch abgrenzbaren Phänomen aufgegeben werden sollte (238). Wenn dieses Element aufgegeben wird, dann bleibt die Diagnose illegitimer Macht aber wieder der Praxis überlassen: *Strecker* führt daher abschließend Habermas' Idee deliberativer Demokratie zur Beschreibung solch einer Praxis ein, in der sich die Interessen der Beteiligten gegen die Macht der politischen Systeme artikulieren können. Auch hier zeichnet er ein umfassendes Bild klassischer wie aktueller Ansätze und ihrer Kritik. Abgeschlossen wird das Buch durch eine Diskussion des Zusammenhangs zwischen Macht und der Ausdifferenzierung der Vernunft einerseits, der Bindung einzelner Vernunftpotenziale an partikulare Praktiken andererseits, wobei hier der Machtbegriff so stark ausgeweitet wird, dass letztlich alles sozial Kontingente darunter fällt (293). Mit diesem Machtbegriff lässt sich daher selbst die Frage nach der liberalen Toleranz gegenüber partikularen Praktiken als Frage nach der selbst-reflexiven Bearbeitung von Macht formulieren.

Strecker resümiert schließlich, dass das Problem der Macht nur in der Praxis einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit behandelt werden kann, in der die in die kommunikative Vernunft eingelassenen, machtbeladenen Deutungsmuster reflexiv thematisiert werden. Dies

ist die Antwort auf die Ausgangsfrage des Buches. Es versammelt ein beeindruckendes Spektrum an Theorien und Argumenten, die zu dieser These direkt oder indirekt Stellung beziehen, wobei der Referenzpunkt Habermas immer prägend bleibt. Ohne Zweifel handelt es sich bei *Streckers* Buch um einen der differenziertesten und interessantesten Beiträge der letzten Jahre zur Debatte um die Macht.

Titus Stahl

Politisches System Deutschland

Funk, Albert. *Föderalismus in Deutschland. Vom Fürstentum zur Bundesrepublik*. Paderborn u.a.. Ferdinand Schöningh 2010. 409 Seiten. 39.90 €.

Bereits der Titel des Bandes verrät es: Dem Autor, einem geschichtswissenschaftlich geschulten Journalisten, geht es darum, den Föderalismus in Deutschland in seiner historischen Dimension darzustellen und diese zum Ausgangspunkt für eine Analyse auch der heutigen Ausprägung des Bundesstaates in Deutschland zu nehmen. Funks Fokus liegt auf der Dichotomie von Integration und Autonomie; einer Perspektive, die er in eine anschaulich und flott geschriebene Verfassungsgeschichte einbettet.

Die Frage nach den Vor- und Nachteilen einer föderalen Gliederung kann nicht pauschal beantwortet werden: Der systematische Blick auf das jeweilige institutionelle Regime, also vor allem die Ausprägung als inter- oder intrastaatlichem Föderalismus, ist dafür ebenso unerlässlich wie die Frage nach der Verankerung des föderal verfassten Staates in der jeweiligen Gesellschaft. Diese verschiedenen Faktoren in einer

historischen Analyse zu rekonstruieren, wäre ein sehr aufwendiges Unterfangen, das in der Praxis wohl schon daran scheitern dürfte, dass sich die wenigsten Historiker mit den Systematisierungen der Politikwissenschaft auseinandersetzen und wiederum kaum Politikwissenschaftler daran interessiert sind, die vielen Weggabelungen deutscher Geschichte sowohl systematisch als auch akribisch zu untersuchen. *Funks* Ansatz, den Föderalismus deutscher Prägung als eine – wenn auch mit Hindernissen und Rückschritten verbundene – Erfolgsgeschichte darzustellen und seiner nicht streng fachwissenschaftlich, sondern eher fachjournalistisch ausgerichteten Schilderung der wechselvollen und konfliktreichen Geschichte föderaler Entwicklung auf deutschem Boden eine knappe Systematisierung unter dem Motto „Was ist Föderalismus“ voranzustellen, ändert an diesem Dilemma nichts.

Angefangen bei der Entstehung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, behandelt *Funk* maßgebliche Entwicklungslinien und Daten der föderalen Entwicklung Deutschlands, wie das Wormser Konkordat (1122), die goldene Bulle (1356) und den Wormser Reichstag. Dort wurde im Jahr 1495 die frühe bundesstaatliche Verfassung geschaffen, die die Basis für die deutsche Fürstenstaatenunion der frühen Neuzeit darstellte. Der Bogen reicht dann weiter vom 30jährigen Krieg (1618-1648), der Gründung von Rheinbund (1806) und Deutschem Bund (1815) sowie der Gründung des Deutschen Reiches (1871). Dabei gelingt es *Funk*, mit zahlreichen Beispielen die Ausgestaltung der jeweiligen föderalen Ordnung und ihre Auswirkungen etwa auf das Geistesleben in Deutschland und das Ausmaß von Frei-

heit und Repression plastisch zu veranschaulichen. So sei sich das Bürgertum des ausgehenden 18. Jahrhunderts sehr wohl bewusst gewesen, dass der hohe Grad an politischen Freiheiten nicht zuletzt auf die Staatenvielfalt im Reich zurückzuführen war. „Ein Friedrich Schiller konnte hier eben auch einen Regenten finden, der seine fürstenkritische Dichtung nicht übel nahm“ (132). Die Analyse der auf einem „Kriegszentralismus in ungeahntem Ausmaß“ (249) basierenden Konstruktion des Weimarer Bundesstaates problematisiert die unheilvolle Kombination aus unitarischer Reichsverfassung und der verbreiteten Neigung zu autoritärer Politik, die schließlich auch den Boden dafür bereitete, dass der Föderalismus spätestens seit 1930 „nicht mehr viele Verteidiger“ hatte (279). Und auch bei der Einstufung der Nachkriegsordnung in den westlichen Besatzungszonen schlägt *Funk* einen weiten Bogen und erklärt den Zuschnitt von 1945/46 als „späten Sieg“ des sog. Dritten Deutschlands (295), also der „mindermächtigen deutschen Fürsten“, die gegen Ende des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation auf einen neuen Bund deutscher Fürsten unabhängig von Österreich und Preußen setzten (132). Diese Querbezüge und das Aufzeigen der epochenübergreifenden Spannungsverhältnisse und Entwicklungslinien zeichnen den überaus materialreichen, mit zahlreichen Bildern und Karten sehr anschaulich und aufwendig gestalteten Band aus. Dieser Materialreichtum, der durch eine sehr kleinteilige Gliederung strukturiert wird, hat zwangsläufig zur Folge, dass sich weniger geschichtskundige Leser in den dargestellten Details verlieren können. So flüssig der Band geschrieben ist, so sehr würde man sich die eine oder andere

didaktische Hilfestellung zum Beispiel in Form systematisierender Kapitelzusammenfassungen wünschen. Auch ein konsequenter Bezug auf die einleitende Systematisierung von Föderalismus hätte den gelegentlich fehlenden roten Faden herstellen können. Ein Lehrbuch ist der Band schon von daher nicht, und auch keine fachwissenschaftliche Arbeit im engeren Sinn; eher ein sehr anschauliches (Nachschlage-) Werk für diejenigen, die mit den groben Zügen der deutschen Föderalismus- und Verfassungsgeschichte bereits vertraut sind und darüber hinaus zu verfassungspolitischen Details und Hintergründen einzelner Epochen nachlesen wollen. Dieser Leserkreis wird zwar das Fehlen von Belegstellen bemängeln, sollte sich aber mit der nach Epochen und einzelnen Themenfeldern eingeteilten kommentierenden Bibliographie als Ersatz anfreunden können.

Ursula Münch

Vergleich Politischer Systeme

Dingeldey, Irene. *Der aktivierende Wohlfahrtsstaat*. Schriften des Zentrums für Sozialpolitik, Band 24. Frankfurt am Main. Campus Verlag 2011. 541 Seiten. 49,00 €.

Das umfangreiche Werk *Irene Dingeldey* ist als Habilitationsschrift an der Universität Bremen angenommen worden. Es handelt im Kern von den parallelen Umorientierungen der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland seit dem Ende der 1990er Jahre bis circa 2009, die einem Trend entsprechen, welcher in der sozialwissenschaftlichen Literatur unter verschiedenen Namen wie Social Investment State, Aktivierender Sozial-

staat, Enabling State oder Workfare State verhandelt wird. Diese drei vergleichend aufgebauten empirischen Studien sind eingefasst von einem anspruchsvollen theoretischen Teil, welcher den analytischen Referenzrahmen der Studie begründet. Die Verfasserin vertritt die These, dass mit der Entstehung oder zunehmenden Priorität einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik im Rahmen europäischer Wohlfahrtsstaaten ein Paradigmenwechsel der Wohlfahrtsstaatlichkeit stattgefunden habe: Vom fürsorgenden zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat. Diese nicht mehr originelle These wird jedoch dadurch innovativ, dass *Dingeldey* nicht nur die Veränderungen im Leistungsspektrum der Sozialpolitiken, sondern auch die Veränderungen in den Formen der Governance thematisiert und empirisch untersucht: Es geht nicht nur um Veränderungen von „Wohlfahrt“, sondern auch von „Staat“. Und es geht um den Zusammenhang beider, wobei *Dingeldey* die oft vernachlässigte Dimension der Politikwirkungen auf der Ebene der Individuen, also der Adressaten der Leistungen, sowie der von ihnen Ausgeschlossenen thematisiert. Dabei werden nicht nur die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im engeren Sinne, sondern auch die sie flankierenden familien- und steuerpolitischen Maßnahmen thematisiert. Die Arbeit beginnt mit einem kompetenten Überblick über den wissenschaftlichen Diskussionsstand (30-102), auf dem eine eigenständige Begründung des wohlfahrtstaatstheoretischen Ansatzes und des Forschungsdesigns aufbaut (104-191). Es folgen die beiden vergleichend aufgebauten Hauptteile: „Varianten nationaler Policy-Profile und Erwerbsmuster“ (192-347) und „Governance of Politics: Ar-